

Lehrpersonen als Versicherungsvertreter oder Fotomodell?

Welche Neben- oder Teilzeitbeschäftigungen, welche öffentlichen Ämter darf eine Lehrperson ausüben? Und welche Informations- und Sorgfaltspflichten hat sie dabei zu beachten? Der Spielraum zwischen erwünschten und problematischen Tätigkeiten und Einsätzen ist gross.

Wie viele Stunden zusätzlich kann eine Lehrperson ohne Einwilligung der Schulbehörde nebenher noch arbeiten und wie sieht es mit der Übernahme von öffentlichen Ämtern aus? Darf eine Pädagogin in der Freizeit als Model tätig sein? Spätestens seit eine Lehrerin sich bei einem Fotoshooting für den «Blick» freizügig ablichten liess, sind diese Fragen aktuell.

Peter Hofmann, fachstelle schulrecht

Die meisten kantonalen Gesetzgebungen für die Lehrpersonen aller Stufen kennen einen Passus mit etwa folgendem Wortlaut: «Eine zeitraubende Nebenbeschäftigung und die Ausübung eines öffentlichen Amtes ohne Amtszwang bedürfen der Bewilligung der Schulbehörden. Ergeben sich erhebliche Nachteile für die Schule, so kann die Schulbehörde die Bewilligung verweigern oder entziehen.» Die Pflicht zur Information der Schulbehörde über eine Nebenbeschäftigung ergibt sich aus der allgemeinen Treuepflicht der Lehrpersonen gegenüber ihrer Anstellungsbehörde.

Nicht unter Nebenbeschäftigungen fallen Freizeitaktivitäten sowie der ehrenamtliche Einsatz in einem Verein. Das Engagement in einer pädagogischen Kommission oder einem Berufsverband fällt ebenfalls nicht unter Nebenbeschäftigung. Hingegen ist die Ausübung eines öffentlichen Amtes unter Nebenbeschäftigung einzureihen.

In Ämtern willkommen

Der Staat hat ein grosses Interesse, dass sich Lehrpersonen mit ihrer beruflichen Erfahrung in Ämter einbringen. Er gewährt deshalb Angestellten in vielen Fällen zur Ausübung eines solchen Amtes einen bezahlten Urlaub von bis zu drei Wochen. Bewilligungen werden dann erteilt, wenn einem Amt nicht eine gesetzliche Unvereinbarkeit entgegensteht oder dieses eine zeitlich übermäs-

sige Belastung darstellt. Der Einsatz in ein Gremium, welches die Schule direkt beaufsichtigt, kann hingegen verwehrt werden.

Wirtschaftliche Aktivitäten bei Lehrpersonen mit einem Vollpensum sind bewilligungspflichtig. Zum einen bezieht eine Lehrperson einen Lohn, der es ihr erlaubt, ein angemessenes Auskommen zu finden, weshalb sie nicht auf einen Zusatzverdienst angewiesen ist. Zum anderen gilt es, möglichen Interessenkonflikten vorzubeugen; einerseits um Private vor Konkurrenz zu schützen, andererseits um das Vertrauen in die Unabhängigkeit einer Lehrperson zu sichern.

Die Ausübung einer Nebenbeschäftigung kann untersagt werden, wenn betriebliche Interessen entgegenstehen. Dies wäre gegeben, wenn eine Lehrperson nebenher für ein Nachhilfeeinstitut, als Finanzberater oder Versicherungsagent tätig ist. Mit der Lehrtätigkeit lassen sich diese Beschäftigungen nicht vereinbaren, da eine Lehrperson in Abhängigkeit mit den Klienten, den Eltern oder den Schülern geraten könnte. Die Bewilligung kann auch untersagt werden, wenn die Leistungsfähigkeit der Lehrperson beeinträchtigt wird, was bei regelmässiger Tätigkeit als Barkeeper am Abend der Fall wäre.

Nicht mehr als 100 Prozent

Von einer Person, die zu 100% angestellt ist, kann der Arbeitgeber verlangen, dass ihm deren Arbeitskraft vollumfänglich zur Verfügung steht. Hierzu gehört, dass sich die Lehrperson in ihrer Freizeit ausreichend erholt. Anders sieht die Situation bei Lehrpersonen im Teilpensum aus. Diese dürfen bei weiteren Arbeitgebern unter anderem auch in der Privatwirtschaft oder als Selbständigerwerbende tätig sein, solange die Pflichten aus dem Arbeitsverhältnis gegenüber jedem Arbeitgeber erfüllt werden. Die Nebenbeschäftigung darf nicht in Konkurrenz zum Hauptberuf stehen und

die Gesamtarbeitszeit aller beruflichen Tätigkeiten zusammen darf 100% nicht übersteigen.

Lehrpersonen, welche in Teilzeit arbeiten, sollten sich bewusst sein, dass die Schulleitung als direkter Vorgesetzter die Arbeitseinsätze bestimmt. Sie haben kein Anrecht darauf, nur an bestimmten Halbtagen zu unterrichten. Ein solches Anliegen ist allenfalls Gegenstand von Verhandlungen vor Beginn der Tätigkeit an der Schule. Im Interesse ausgewogener Stundenpläne für die Kinder und Jugendlichen kann daher eine Schulleitung grosse zeitliche Flexibilität von allen Mitarbeitenden verlangen und muss keine Rücksicht auf Individualwünsche nehmen.

Als Vorbild wahrgenommen

Lehrpersonen übernehmen im öffentlichen Auftrag Mitverantwortung für die Ausbildung und Erziehung der ihnen anvertrauten jungen Menschen. Sie haben daher nicht nur in ihrer beruflichen Arbeit, sondern auch in ihrem Privatleben darauf zu achten, dass sie ihrer Vorbildfunktion gerecht werden. Eine Verletzung dieser Pflicht ist bei einem freizügigen Fotoshooting nicht ersichtlich; es ist zu bezweifeln, ob solche Bilder die Autorität der betreffenden Lehrperson bei den Kindern untergraben. Die Lehrerin muss sich darüber hinaus bewusst sein, dass ihr Tun der Billigung oder Missbilligung durch die Öffentlichkeit ausgesetzt ist. Zudem kann, was einmal publik geworden ist, nicht mehr in die Privatsphäre zurückgeholt werden.

Der Autor

Peter Hofmann ist Jurist und ehemaliger Primarlehrer. Er leitet die vom Staat unabhängige «fachstelle schulrecht gmbh», Goldermühlestrasse 2, Postfach 63, 9403 Goldach, Telefon 071 845 16 86, info@schulrecht.ch, www.schulrecht.ch